

UG 40

Bkg 4/3

EA

Unselbständiger Entschließungsantrag
§ 55 GOG-NR

der Abgeordneten Mag.^a Dr.ⁱⁿ Sonja Hammerschmid,
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Mittel für Förderung von Start-Ups

eingbracht in der 19. Sitzung des Nationalrates am, 18. April 2018 im Zuge der
Debatte zu Tagesordnungspunkt 4-6

4) Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (64 und Zu 64 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzrahmengesetz 2018 bis 2021 und das Bundesfinanzrahmengesetz 2019 bis 2022 erlassen werden (102 d.B.)

5) Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (13 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2018 (Bundesfinanzgesetz 2018 - BFG 2018) samt Anlagen (103 d.B.)

6) Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (14 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2019 (Bundesfinanzgesetz 2019 - BFG 2019) samt Anlagen (104 d.B.)

zu Top 4) BFRG 2018 bis 2021 und BFRG 2019 bis 2022
UG 33 Wirtschaft (Forschung) und UG 40 Wirtschaft

Start-Ups und Neugründungen sind für mehr als 40 Prozent aller neu geschaffenen Arbeitsplätze verantwortlich. Bereits im ersten Jahr ihrer Gründung schaffen Start-Ups im Schnitt mehr als zwei Jobs und sind damit deutlich beschäftigungsintensiver als die Masse der Neugründungen (siehe MRV 8/25, 5.7.2016). Darüber hinaus sind Wissens- und technologiebasierte Start-Ups treibende Kräfte für bahnbrechende Innovationen. Am WU Gründungszentrum wurde im Rahmen einer internationalen Vergleichsstudie ein Länderbericht zur österreichische Startup-Landschaft erstellt (Dömötör, Rudolf/ Spannocchi, Benedikt (2016): European Startup Monitor 2016, Country Report Austria). Die Studie ergibt, dass rund die Hälfte aller Startups in Österreich mit Weltneuheiten am Markt glänzen, 16,8 Prozent geben an, mit ihren Produkten einzigartig in Europa zu sein.

Starke Start-Ups und KMUs sind damit die Basis für eine erfolgreiche Zukunft der heimischen Wirtschaft und wesentlich dafür, dass sich Österreich an der Spitze der Innovations-Länder findet. Aus gutem Grund hat daher die Bundesregierung in der letzten Gesetzgebungsperiode ein Start-Up Paket geschnürt, um die Rahmenbedingungen von jungen und innovativen UnternehmerInnen zu verbessern. Das vorliegende Budget sieht allerdings größtenteils Kürzungen bei Fördermittel für Start-Ups und die Gründerszene vor. Das auch mit Stimmen der ÖVP beschlossene

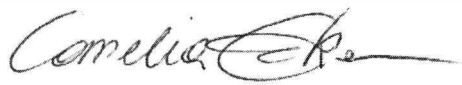
Start-Up Paket wird damit nicht fort- bzw. umgesetzt. Arbeitsplätze und Innovationsfähigkeit sind damit in Gefahr.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert die Kürzungen der Bundesregierung bei den Mitteln für Start-Ups zurück zu nehmen, und das beschlossene Start-Up Paket wie im MRV 8/25 vom 5.7.2016 festgelegt, umzusetzen bzw. für die Jahre bis 2022 fortzusetzen. Die Bundesregierung soll daher budgetäre Vorkehrungen im Jahr 2018/2019, sowie budgetäre Bedeckung für die Fortsetzung des Start-Up Pakets in den Bundesfinanzrahmengesetzen 2018 bis 2021 und 2019 bis 2022 treffen.“



u. pr.



